



Hamburgs Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder



Nr. 40

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Klaus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordfer 8246.

Hamburg, den 2. Oktober 1920

Anzeigen kosten die schwebepallene Non-
pareilleseite oder deren Raum 1,50 Mk.
(Der Beitrag ist stets vorher einzufenden.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Der Organisationszwang.

Das Koalitionsrecht, das heißt das Recht, sich mit gleichstrebenden Menschen zur Erreichung gemeinsamer Ziele zusammenzuschließen, ist eins der wichtigsten Grundrechte in der menschlichen Gemeinschaft. Man muß sich deshalb wundern, daß es Zeiten gegeben hat, in denen seitens der Obrigkeiten die Koalition verboten war. Tatsächlich sind in Deutschland die Koalitionsverbote erst seit einigen Jahrzehnten aufgehoben worden, und auch nach ihrer Aufhebung haben sich die Unternehmer noch lange gestraubt, ihren Arbeitern das wirkliche Koalitionsrecht zu gewähren. Heute sind das überwundene Zustände; denn heute ist das Koalitionsrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einer Wahrheit und zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Inzwischen hat sich das Koalitionsrecht zu einer Koalitionspflicht erweitert; denn der übergroßen Mehrheit der Proletarier ist die Ueberzeugung in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie nicht nur einer Organisation angehören dürfen, sondern daß sie ihr angehören müssen. Es wird allgemein für die höchste sittliche Pflicht eines Proletariats erklärt, sich mit seinen Klassengenossen zu einer Organisation zu vereinigen und innerhalb dieser Organisation den gemeinsamen Kampf für die Verbesserung seiner Lage und für seine Befreiung aus der kapitalistischen Knechtschaft zu führen. Ein Proletarier, der dieser Pflicht nicht nachkommt, gilt in den Augen seiner organisierten Kollegen als ein minderwertiger Mensch.

Leider stehen der einheitlichen Organisierung des deutschen Proletariats noch zwei Umstände entgegen: Einerseits beobachten wir eine bedauernde Zersplitterung im Organisationswesen, die eine einheitliche Kampffront und eine innere Geschlossenheit des proletarischen Klassenkampfes vereitelt, und andererseits finden wir noch zahlreiche Proletarier, die den Organisationen ablehnend, wenn nicht gar feindlich gegenüberstehen. Da wirkt sich dann die Frage aus, wie sich die Mitglieder der modernen Gewerkschaften zu den andersorganisierten oder nichtorganisierten Kollegen zu stellen haben, oder anders ausgedrückt, welche Mittel sie anwenden müssen oder dürfen, um die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung, die uns allen als erstrebenswertes Ziel vorschwebt, herbeizuführen. Hier spielt die Frage des Organisationszwanges eine wichtige Rolle, und in der Tat beobachten wir, daß diese Frage sehr viele eifrige Genossen sehr intensiv beschäftigt.

Was nun zunächst das Verhältnis zu den andern gewerkschaftlichen Organisationen betrifft, so ist hier eine weitgehende Toleranz (Duldsamkeit) am Platze. Sicherlich ist die innere Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung vom Uebel und aufs tiefste zu bedauern, weil sie die Stoßkraft des Proletariats schwächt, aber nach Lage der Sache müssen wir uns mit dieser bedauerlichen Tatsache abfinden. In richtiger Erkenntnis dieser Sachlage hat deshalb der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf seiner 5. Tagung beschlossen, daß jeglicher Zwang gegen andersorganisierte Gewerkschaftsmitglieder peinlich zu vermeiden ist. Es ist mit den Zentralleitungen der christlichen Gewerkschaften und der Girsch-Dunderschen Gewerkschaften vereinbart worden, daß alle Fälle von gewalttätigem und geistlichem Terrorismus durch Androhung wirtschaftlicher Nachteile oder durch Ausübung von Koalitionsfreiheit gibt den Arbeitern das Recht, sich einer Organisation anzuschließen, die ihrer Ueberzeugung entspricht, und dies Recht darf nicht zu einem Unrecht werden, zu einem Zwang, den einzelnen in eine bestimmte Organisation zu pressen. Es werden deshalb alle Gewerkschaftsbeamten, Angestellte, Vertrauensmänner und Mitglieder aufgefordert, in und außerhalb der Be-

triebe jedem Zwang auf organisierte Arbeiter zum Zwecke des Austritts aus einer Organisation oder des Uebertritts von einer Organisation in eine andere auf das nachdrücklichste entgegenzutreten. Dieser Beschluß muß zweifellos die Billigung jedes rechtlich denkenden, freiheitlich gesinnten Proletariats finden; es wäre zu wünschen, daß er überall befolgt würde, damit endlich einmal die gegenseitige Bekämpfung und die gehässige Zersplitterung der verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen untereinander ein Ende nimmt. Wir dürfen die Ueberzeugung hegen, daß dieser einzig richtige Weg zur Verständigung schließlich auch zu einer organisatorischen Verschmelzung führen wird. Dazu ist es vor allen Dingen notwendig, daß übereifrige Genossen ihrer Werbearbeit für die eigene Gewerkschaft, die ihnen natürlich ans Herz gewachsen ist, Zügel anlegen, wenn es sich um andersorganisierte Kollegen handelt, daß sie sich vielmehr bemühen, unter den Unorganisierten zu werben.

Die Gewinnung der bislang unorganisierten Klassengenossen ist zurzeit eine der wichtigsten Aufgaben der organisierten Gewerkschaften. Leider gibt es trotz Revolution und Republik in Deutschland noch zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen, die teils aus Gleichgültigkeit, teils aus Betrug, teils aus Eigenbrödelerei den Gewerkschaften fernbleiben. Diese Elemente müssen den Gewerkschaften zugeführt werden, man muß sie veranlassen, ihrer Koalitionspflicht Genüge zu leisten. Hier darf natürlich kein äußerer Zwang angewandt werden, weil jeder äußere Zwang bei den Menschen versagt, denen der innere Trieb zu irgendeiner Tätigkeit fehlt. Es nützt nichts, Leute gemalt zu werden, durch Drohungen, Beschimpfungen, Mißhandlungen oder durch andere Schädigungen, in die Gewerkschaft hineinzuwängen zu wollen; solche Zwangsmittel haben keinen Wert; denn sie springen bei der ersten besten Gelegenheit wieder ab. Gerade wenn es darauf ankommt, alle Gewerkschaftsmitglieder zu einer geschlossenen Einheit zusammenzufassen, um dem Unternehmertum die Stirn zu bieten, werden diese unzuverlässigen Elemente fahnenflüchtig und fallen ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken. Nur wenn eine innere Zuneigung zu der gewerkschaftlichen Tätigkeit vorhanden ist, hat die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft Wert, und diese Zuneigung läßt sich nur durch Belehrung, Aufklärung, Ueberredung und Erziehung, nicht aber durch Zwang erzielen. Darum muß die gewerkschaftliche Werbearbeit unter den Unorganisierten auf die innere, geistige und seelische Umwandlung eingestellt werden; man muß auf ihren Verstand und ihren Willen wirken, man muß sie auch an ihrem Ehrgefühl anfangen, indem man ihnen sagt, daß es schlecht und unehrenhaft ist, seine Kollegen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen und opfern zu lassen, selbst aber tatlos beiseite zu stehen und die Früchte dieser Arbeit mitzugenießen. Vielleicht gelingt es, diese elende Schmarotzergesinnung, die noch in viel zu vielen Proletariaten steckt, allmählich auszurotten; wenn aber alle Mittel erfolglos bleiben, muß man eben die Unorganisierten ihrem Schicksal überlassen und sie mit Verachtung strafen. Selbstverständlich ist kein organisierter Gewerkschaftler moralisch verpflichtet, den Unorganisierten oder Gelben gegenüber Kollegialität oder Solidarismus zu üben; denn Leute, die selbst unkollegial und unsolidarisch handeln, haben keinen Anspruch darauf, daß man ihnen irgendwelches Entgegenkommen zeigt, man beachtet sie einfach nicht und läßt sie laufen. Darum muß die Parole sein: Wenn alle geistigen und seelischen Mittel versagen, so nehmen wir allerdings von einem Organisationszwang Abstand, aber daran kann uns niemand hindern, daß wir die unsolidarischen Klassengenossen, die unsern Aufstieg hemmen, als minderwertige Leute betrachten und behandeln.

Sitzung des haupttarifamtes für das Malergewerbe.

Am 22. September mußte das Haupttarifamt die in Bayern bestehenden Lohnunterschiede erledigen; denn der Bayerische Malermeisterverband beliebt, die am 14. August von einem Unparteiischen des Landeseinigungsamtes für eine Reihe Lohngebiete in München gemachten Lohnvorschläge, trotz erfolgter Zusage seines Vorsitzenden, abzulehnen. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle alle die bei dieser Angelegenheit in Betracht kommenden Ereignisse wiederzugeben, obwohl das sehr interessant wäre und der Gehilfenschaft dadurch begünstigt werden würde, zu welchen Hinsichtigen soziale Mäßigkeit verleiten kann. Wenn man unsern Kollegen nur wieder einmal einen größeren Verdienstausfall zugefügt hat, dann glaubt man, eine große Tat vollbracht zu haben, und was besonders abstoßend wirkt, so etwas umkleidet man noch mit der heuchlerischen Redensart, man tue dies nicht im Interesse des eigenen Geldbeutel, sondern im Interesse der — Gehilfenschaft!

Zur Sache selbst zunächst kurz folgendes: Bei den allgemeinen Lohnverhandlungen am 4. und 5. August in Berlin wurde vereinbart, daß für Bayern zunächst in München unter Hinzuziehung eines vom Sozialen Ministerium bestimmten Unparteiischen verhandelt werden sollte, damit so die angeblich besonderen bayerischen Verhältnisse besser als in Berlin berücksichtigt würden. Es wurde dann auch am 14. August nach diesen Vorschlägen verhandelt und nach etwa achtstündigen Auseinandersetzungen vom Unparteiischen Lohnverhandlungen von 10 bis 30 % die Stunde für 28 Lohngebiete vorgeschlagen, nachdem für 7 Gebiete ungefähr die gleichen Sätze freiwillig gewährt wurden. Die Lohnverhandlungen sollten am 21. August in Kraft treten, und bis zu diesem Termin sollten beide Parteien auch erklären, ob sie die Vorschläge annehmen oder ablehnen. Dem ist offiziell der Bayerische Malermeisterverband bis zur Tagung des Haupttarifamtes ausgewichen. Damit nun endlich Klarheit geschaffen und endgültig entschieden werde, mußte dieses sich also mit der Sache befassen.

Hier schnitt der Bayerische Malermeisterverband, trotzdem sein Vertreter, Herr Koller, München, alle Mühen sprangen ließ, um die beteiligten Gehilfen um den ihnen nach Recht und Billigkeit und aus wirtschaftlichen Gründen zustehenden Lohn zu bringen, nicht so ab, wie er es wohl erwartet hatte. Denn das Haupttarifamt stellte sich auf den Standpunkt, daß die Vorschläge, die ein bayerischer Unparteiischer auf Grund der genauen Kenntnis der dortigen Verhältnisse gemacht hat, jedenfalls nicht zu hoch sind, zumal die gleichen Sätze auch im übrigen Deutschland und in 16 bayerischen Lohngebieten bereits gezahlt werden. Die Lohnverhandlung ist vom 21. August an zu zahlen, wie seinerzeit festgesetzt. Bemerkenswert ist noch folgendes: Für München waren vom Unparteiischen am 14. August vorerst 30 % vorgeschlagen. Unser Vertreter ließ aber 10 % ab, weil Herr Koller das bestimmte Versprechen abgab, dann für die Annahme sämtlicher Vorschläge einzutreten und sie auch durchzuführen. Da dies indessen nicht geschehen ist, hielten wir uns an unser Zugeständnis natürlich nicht mehr gebunden, so daß es nun für München bei 20 % bleibt. Es gewann den Anschein, als habe Herr Koller diesen Ausgang in sein Kalkül gar nicht hineingezogen gehabt.

Es wurde ferner über die Regelung der Zuschläge für Arbeiten mit wesentlichen Arbeiterschwerungen und über die Sommerarbeitszeit für München, über die Höhe des Mehraufwandes bei Handarbeiten für einige weitere Lohngebiete und über einen Schiedspruch zur Arbeitsvermittlung in Berlin verhandelt. Wir kommen, sobald das amtliche Protokoll vorliegt, auf diese Angelegenheiten nochmals zurück.

Zur Lage im Münchner Malergewerbe.

Von den Arbeitgebern wurde bei den Lohnverhandlungen schon wiederholt der Ausspruch getan, daß auch die Gehilfenschaft Opfer bringen muß, wenn wir zu einem Preisabbau kommen wollen, das heißt, diese soll darauf verzichten, Löhne zu verlangen, die den ungeheuren Leuerungsverhältnissen einigermaßen Rechnung tragen. Wird dann von unserer Seite eingewendet, daß die Gehilfen schon mit den bestehenden Löhnen nicht menschenwürdig leben können, so hält man uns entgegen, es müsse eben länger gearbeitet werden, dann ergebe sich automatisch eine Hebung des Gewerbes und somit eine Besserstellung der Gehilfenschaft. Wie und ob durch eine Verlängerung der Arbeitszeit obiges Ziel erreicht werden kann, müssen wir den Arbeitgebern überlassen, den Nachweis hierfür zu erbringen. Vorläufig betrachten wir ihre Argumente als leere Behauptungen, deren wahrer Zweck in dem Bestreben

zu suchen ist, die Gehilfen in ihrer Lebenslage noch mehr herabzudrücken. Politische Tendenzen dürften dabei den Ausschlag geben. Wie es mit der Mäßigkeit, seitens der Gehilfen weitere Opfer auf sich zu nehmen, aussteht, dafür geben nachfolgende Zahlen einen Beleg. Die Arbeitslosigkeit in Bayern und im Reich seit Ende des Krieges in unserer Berufs ist bekannt. Besonders in den Groß- und Industriestädten war und ist es heute noch nicht möglich, alle vorhandenen Gehilfen unterzubringen, selbst in den Sommermonaten nicht. Das Bild ist in Bayern ziemlich überall das gleiche. Besonders schlimm stand es aber in München. Waren doch im Jahre 1919 nicht weniger als 1819 arbeitslose Maler und Anstreicher mit 153 873 verlorenen Arbeitstagen vorhanden. Noch nicht einmal 10 % aller Gehilfen konnten das ganze Jahr beschäftigt werden. Es waren arbeitslos in München:

1 bis 50 Tage.....	597 Kollegen
51 " 100 "	592 "
101 " 150 "	809 "
151 " 200 "	208 "
201 " 250 "	91 "

Weder als 250 Tage waren 24 Kollegen arbeitslos. Es waren arbeitslos in München: einmal 914, zweimal 411, dreimal 257, viermal 150, fünfmal 52, sechsmal und mehr 85 Kollegen, zusammen 1819 Kollegen. Den höchsten Stand erreichte die Arbeitslosenziffer im Februar mit 958, sank dann im April auf 740, um im Mai wieder auf 772 anzuzunehmen. Den niedrigsten Stand erreichte sie im Oktober mit 124. Am 1. Dezember waren es 460 arbeitslose Kollegen. Der Monat Januar 1920 begann mit 580 und sank bis zum 1. Juni auf 144. Seitdem ist die Zahl dauernd im Steigen begriffen und bewegt sich seit dem 1. August um 200 herum. Die kommenden Monate werden eine weitere Steigerung zu verzeichnen haben. Festzustellen ist, daß die sogenannten „Kriegsmaler“ immer mehr ausgemergelt wurden und auch die Kleinmeister, die im vorigen Jahre die Arbeitslosenziffer beeinflussten, trauten zum größten Teil wieder für sich. Was also heute an Arbeitslosen da ist, sind Gehilfen, die seit Jahr und Tag hier sind und zum Teil schon ein Menschenalter ihre Arbeitskraft den Meistern zur Verfügung stellen. Die in Arbeit Stehenden müssen täglich mit der Arbeitslosigkeit rechnen. Und da hat man den Mut, zu verlangen, daß diese Menschen auch noch Opfer für den Preisabbau bringen, und sei es durch eine verlängerte Arbeitszeit!

Andererseits nimmt man es aber ruhig hin, wenn die Farbenfabriken ihre Dividende immer höher schrauben, obwohl deren Preispolitik die Herstellungskosten im Malergewerbe weit mehr beeinflusst, als dies bei den Löhnen der Fall ist.

Proletarische Größe.

Die meisten Menschen sind groß im Kleinen. Sie haben die verschiedensten kleinen Ziele, den verschiedensten Ehrgeiz. Von einem Stäubchen jagen sie zum andern, und wenn dann das Leben zu Ende geht, dann fliegen diese Stäubchen von ihrem Herrn in das Nichts zurück, aus dem sie kamen, und von dem Lebensinhalte des Menschen bleibt nichts mehr. Das sind die Menschen mit der kleinen Seele, die Jochkreaturen, die bei ihrem lauten Streben noch nichts wissen von dem einen Großen, das den natürlichen Inhalt des Lebens bilden soll.

Im Sinne der ewigen Idee zu leben, aus der die Entwicklung wurde und aus der die Zukunft wird, das ist Leben. Das ist das kleine Vegetieren, wenn der Mensch sein Ich mit winzigen Neugierigkeiten zu füllen sucht. Die große Seele ist nur glücklich im Aufgehen, und je größer sie ist, um so mehr hat sie das unwiderstehliche Lebensbedürfnis, sich hinzugeben dieser großen Lebensidee, dieser Menschheitsidee, diesem Zukunftsglauben, wie er in unserer Kampfe zum Ausdruck kommt.

Das ist das höchste sittliche Glück, sein ganzes Innerstes hinzugeben seinen Brüdern. Und wenn der Egoist längst vergessen, dann schwingt die große Seele noch immer in den Herzen dieser Neuen nach, dann drängt sie in ihnen weiter, dann wird sie ein Stück dieses wachsenden Weltengestes bis in die Ewigkeit.

Das Ich im Kampfverbände.

Der Mensch ist ein Produkt der Verhältnisse seiner Zeit. Deshalb kann der Mensch auch heute noch nicht sittlich sein. Der Kapitalismus ist nicht der Boden, auf dem ein ethisches Ausleben des Menschen möglich ist, und darum erkämpfen wir ja auch neue Lebensbedingungen, damit aus ihnen mit Notwendigkeit ein neues Zusammenleben erblühen wird.

Der Reim zum sittlichen Neuen ruht aber schon in eines jeden Brust. Wir alle fühlen zum Beispiel eine sittliche Tat als etwas Gutes und Menschlichdienendes; wir alle vermögen theoretisch zu unterscheiden zwischen gut und schlecht. Und darum ist es unsere Pflicht, in die wachsenden neuen Lebensformen auch dieses sittliche Empfinden hineinzuweisen zu lassen. Es darf nicht beim theoretischen Erkennen bleiben. Wir haben als Zukunftstreiber die Pflicht, auch das Erleben des Menschen zu sozialisieren, das Einzelgefühl einzuziehen in das Gemeinschaftsleben.

Und dazu ist unsere gewerkschaftliche Kampfgemeinschaft eine geeignete Stätte. Da, wo die Gleichgehenden und Gleichwollenden sich zusammenschließen, da ist der Ort, all das Einzelgefühl auch ausklingen zu lassen in einen Gefühlsschord, in einen großen, starken Gemeinschaftswillen, das Selbst zurückzustellen hinter das Ganze, das Kleine in das Große zu fügen.

Der Mensch, der sich vom Ganzen losreißt und nur eigene Ziele kennt, wird zum Egoisten. Die Gemeinschaft ist der soziale Faktor, und um so tiefer wirkt das Zusammenleben auf den einzelnen und durch den einzelnen wieder auf das Ganze, je mehr jeder einzelne sein eigenes Recht als seine ureigene Pflicht betrachtet, je mehr er in sich das Ganze erlebt.

Die bürgerliche Gesellschaft, die sich kein großes Ziel gesetzt, sie kennt auch solche Pflichten nicht. Ihr ist die materielle Habe das ganze Bild. Nur das Proletariat kennt eine sittliche Entwicklung, und die Selbsterziehung zur Zukunftsgemeinschaft der Brüder ist eine bedeutsame Tat zu diesen Höhen hin. Die proletarische Kampf-gemeinschaft, wie sie in unserm gewerkschaftlichen Verbande zum Ausdruck kommt, ist bestimmt, die Keimzelle der sittlichen Vollendung zu sein. Sie ist die Stätte der Erziehung zum brüderlichen Gemeinschaftsleben, und es ist die Pflicht eines jeden, sie in diesem ihrem sittlichen Entwicklungswerte zu erkennen und sie durch den Willen zum sozialen Ich immer näherzubringen dem Geiste des Kommenden.

Lohnbewegungen.

ÖBn. Seit dem 12. Juli stehen die Kollegen der Öbner Kunstfigurenfabriken in einer Lohnbewegung, um die erheblich zurückgebliebenen Löhne etwas aufzubessern. Der bestehende Vertrag sieht Löhne für Facharbeiter von 6,00 M die Stunde vor. Die Löhne für Jugendliche und Hilfsarbeiter schwanken zwischen 1,25 M bis 4 M die Stunde. Die eingeleiteten Verhandlungen verliefen ergebnislos. Die Arbeitgeber erklären, aus Konkurrenzgründen keine Lohnsteigerung mehr tragen zu können. Als wir Hochkonjunktur in der Branche hatten, wurde uns immer erklärt, daß auch die Kunstfigurenfabrikanen bereit seien, ihren Arbeitern den Verhältnissen entsprechend angemessene Löhne zu zahlen. Als Grundlage wurden die Löhne der Metallindustrie, der Holzindustrie und der chemischen Industrie bezeichnet. Heute stehen die Arbeiter dieser Industrien um 80 % bis 1 M pro Stunde höher im Lohn. Natürlich wollen heute die Führer der Arbeitgeberorganisation von ihren früheren Aussagen nichts mehr wissen. Als alle Mittel der Verhandlungen erschöpft waren, riefen wir den Schlichtungsausschuß an. Dieser tagte am 6. August und lehnte es ab, einen Schiedspruch zu fällen, da der Vertrag eine Kündigungsfrist von zwei Monaten vorsah. Die Vertragsparteien hatten vereinbart, daß die Löhne nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen festgelegt werden sollen und von der Kündigung bei der Lohnregelung Abstand genommen werden könne. Die Vertragsparteien hatten auch bereits viermal die Löhne geändert, ohne an der Kündigungsbestimmung Anstoß zu nehmen. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, ein Jurist, machte die Praxis nicht mit und lehnte daher einen Schiedspruch ab. Die Arbeitgeber hielten sich an diesem Strohhalm, der sie vor dem sicheren Ertrinken oder besser gesagt, vor dem Zusammenbruch ihrer Betriebe retten sollte, fest. Erst gestützt auf die schlechte Geschäftslage und nach drei Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß gestützt auf die Vertragsbestimmungen, lehnten die Arbeitgeber die Zahlung einer Lohnzulage ab. Der Schlichtungsausschuß hatte den Vertragsparteien empfohlen, nochmals zu verhandeln, und eine Zugabe von 40 % als angemessen festgesetzt. Die Arbeitgeber lehnten auch diesen Vorschlag ab. Um die Sache nicht zu verschleppen, legten die Kollegen der Firma Schmidt & Hedner die Arbeit nieder. Die Kollegen der übrigen Betriebe verpflichteten sich, einen Prozentsatz ihres Verdienstes zur angemessenen Unterstützung der Streikenden abzuführen, was auch gewissenhaft geschah. Erst nach drei Wochen kamen neue Verhandlungen zustande. Die Arbeitgeber erklärten sich bereit, den Vorschlag des Schlichtungsausschusses anzunehmen, soweit die Arbeiter bereit seien, die Lohnsteigerung durch Steigerung der Arbeitsleistung auszugleichen. Diese Zumutung wurde abgelehnt. Die Arbeitgeber der übrigen Betriebe kündigten darauf ihren Arbeitern und ließen zum Teil verkürzt arbeiten, angeblich wegen Mangels an Aufträgen. Die Firma Schmidt & Hedner sandte ihren Arbeitern, die zum Teil 16 bis 20 Jahre im Betrieb tätig waren, die Entlassung an. Als dieser Bluff nicht zog und der größte Teil der Kollegen als Anstreicher zu 6,50 M die Stunde Arbeit annahm und auch die geländigten Arbeiter bereits zu diesem Zweck vorzeitig ihre Entlassung nahmen, ersuchten die Arbeitgeber um neue Verhandlungen. Diese endigten mit folgender Vereinbarung: Sämtliche Fach- und Hilfsarbeiter über 20 Jahre erhalten vom Tage der Arbeitsaufnahme an eine Zulage von 40 %, jugendliche und weibliche Arbeiter erhalten 20 % die Stunde. Sämtliche Streikenden werden wieder eingestellt. Die Kündigungen werden zurückgezogen. Wenn auch der materielle Erfolg zu den gebrachten Opfern in keinem Verhältnis steht, so ist doch der Ausgang des Kampfes ein voller Erfolg für unsere Kollegen. Die Löhne für Facharbeiter betragen jetzt 6 M, für jugendliche und weibliche Arbeiter von 1,45 M bis 4,40 M die Stunde. Im ganzen sind 180 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Öbner Kunstfigurenfabriken beschäftigt. Von diesen waren 38 an dem vierwöchigen Streik beteiligt. Die Streikenden gehörten vier Verbänden an: dem Verband der Maler, dem Porzellanarbeiterverband, dem Zentralverband christlicher Maler und dem christlichen Keramarbeiterverband. Möge die bewiesene musterzügliche Solidarität dazu beitragen, die Organisation noch besser und einheitlicher auszubauen, dann wird der erste erfolgreiche Kampf für die Kollegen dieser Branche von dauerndem Nutzen bleiben.

In **Röslin, Sorau und Stolp i. P.** weigern sich die Arbeitgeber, die zentral vereinbarten Zulagen zu zahlen. Da auf gutlichem Wege keine Einigung zu erzielen war, kam es zur Arbeitseinstellung.

In **Röslin** wurde nach zweitägiger Dauer der Streik beigelegt und vom 22. September an der Stundenlohn von 4,70 M gezahlt.

Aus Unternehmerkreisen.

Unternehmertum und Sozialisierung. In der „Deutschen Industrie“ bringt Direktor Hans Kramer unter dem Titel „Sozialisierung“ einen Artikel, den wir als Bekenntnis zum Sozialisierungsgedanken von Unternehmerseite nachstehend im Auszuge wiedergeben:

Ich hoffe, das Recht zu haben, als Mitglied der „deutschen Industrie“ die gesamte deutsche Unternehmerschaft die dringende Bitte zu richten, diesen Bericht mit jenem Ernst und jener Grundsätzlichkeit zu prüfen, die deutschen Hochmütigen ebendiesem eigen war und hoffentlich für alle Zeiten sein wird. Nur jetzt, in diesem gefährlichsten Augenblicke der deutschen Wirtschaftsgeschichte, keine Explosion von einzelnen Schlagwörtern, kein Auskramen von abgebrauchten Gemeinplätzen! Nur jetzt kein die Hände bindendes, glimmendes Fünkchen zu hellem Feuer entfachendes „prinzipielles“ Meinel „Bewährtes“ Prinzipien, kein „stolzes“ Niemals! Wer auf Deutschlands Wiegegeburt rechnet — und welcher deutsche Arbeitgeber und Arbeitnehmer hegt diese Hoffnung nicht im tiefsten Grunde seiner noch so verbitterten Seele! —, der muß in diesen Tagen die Bahne zusammenarbeiten, muß mit tiefster Gründlichkeit zwei- und dreimal prüfen, was gefordert wird, und dann ruhig und sachlich, aus dem Born des Wissens und der Erfahrung schöpfend, Kritik üben — Kritik, die auch dem prinzipiellsten Gegner Achtung abnötigt. Wenn einst die Protokolle der vielen Verhandlungen der Sozialisierungskommission veröffentlicht werden, wird es sich zeigen, wie weit die Meinungen der Mitglieder auseinanderklaffen, wie hart die Gedanken gegeneinander stehen, wie alles Mißtrauen zünftiger Volkswirtschaftslehre und praktischer Wirtschaftskunde aufgegeben wurde, um aus dem wesenlosen Begriff „Sozialisierung“ den fahbaren Begriff einer „Gemeinwirtschaft“ herauszuschälen; jener Begriff, unter dem sich Tausende „alles“, Hunderttausende „nichts“ zu denken gewohnt waren, für den es hundert Umschreibungen, aber nicht eine richtige Deutung gab.

Jetzt endlich liegen Dokumente vor, Unterlagen für eine gründliche Prüfung der Frage, ob auf dem wichtigsten Gebiete der deutschen Urproduktion eine Anpassung an die Forderung von Millionen möglich ist, ohne dauernde Schädigung der Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit, ohne Minderung der Produktion, ohne Lähmung der Stoffkraft der Führer, ohne Gefährdung unserer ganzen Zukunft. Von der tatsächlichen nicht allein, nein, viel mehr noch von der tatsächlichen Klugheit der deutschen Wirtschaftler hängt es ab, ob der Weg, den wir nun betreten, aufwärts oder abwärts führt; her aus aus dem Sumpfe, der uns jetzt zu ersticken droht, muß er aber führen!

Was jetzt riefenhaft vor uns sich aufdringt, darf nicht, wie schon so oft, zum Schachern politischer Geschäfte gemacht werden, darf nicht berufsmäßigen Kämpfern mit Wort und Feder allein überlassen bleiben. Die Welt sieht auf euch, deutsche Wirtschaftler, in den kommenden Wochen, denn jenes Land wird der endgültige Sieger sein, das zuerst versteht, seine Wirtschaft der Neuordnung der Dinge anzupassen.

Baugewerbliches.

Mietsteuer und Wohnungsbau. Zu dieser aktuellen Frage äußert sich die „Dresdener Volkszeitung“ wie folgt: Soll der Wohnungsbau in großem Umfang wieder in Gang gebracht werden, so müssen ganz gewaltige Summen durch die öffentlichen Körperschaften zur Verfügung gestellt werden. Woher aber sollen diese Mittel genommen werden? Man könnte vielleicht hier einwenden, daß man das Wohnungswesen sozialisieren müsse, da ja die privaten Unternehmer nicht imstande seien, die Bevölkerung genügend mit Wohnungen zu versorgen. Tatsächlich sind auch heute schon die in den letzten Jahren neu errichteten Wohnungen zum großen Teil sozialisiert. Sie gehören gemeinnützigen Unternehmungen, die auf jedes Profitstreben verzichten und ihren Mitgliedern, die zum großen Teil auch in den Häusern der Unternehmungen wohnen, nur eine statutenmäßig beschränkte Verzinsung ihrer Einlagen gewähren. Auch in Zukunft wird den gemeinnützigen Unternehmungen der Löwenanteil am Wohnungsbau verbleiben, soweit nicht die Gemeinden selbst Wohnungen errichten. Eine Sozialisierung auch der von früher her vorhandenen Wohnungen ist gemäß wünschenswert, aber wohl kaum von heute auf morgen durchzuführen. Es liegen zwar Vorschläge für die Sozialisierung des Wohnungswesens vor, so von dem bairischen Landeswohnungskrat Kampfmeyer, aber praktische Erfahrungen sind noch nicht gesammelt. Sowiebald sicher, die völlige Sozialisierung des gesamten Wohnungswesens würde den Aufbau eines großen Beamtenapparates erfordern und durch die dafür nötigen Büroräume würde zunächst die Menge der zur Verfügung stehenden Wohnungen wieder vermindert werden. Außerdem würden auch durch die Sozialisierung der alten Wohnungen noch keine Mittel für den Bau neuer Wohnungen geschaffen werden.

Deshalb wird schon seit langem gerade in den Kreisen der Wohnungsreferenten die Anschauung vertreten, daß für die Zuschüsse, die zum Bau neuer Wohnungen nötig sind, die früher bei billigen Baukosten gebauten Wohnungen belastet werden sollen, und auf diesem Gebiete beruht der Mietsteuerentwurf des Arbeitsministeriums. Auch die Vertreter der organisierten Mieter haben sich damit einverstanden erklärt, daß zum Zwecke der Errichtung neuer Wohnungen eine solche Mietsteuer erhoben wird. Durch die Mietsteuer soll ein Ausgleich geschaffen werden zwischen den Mietern, die bei neubauten Wohnungen, wenn das Baukapital genügend verzinst werden sollte, erhoben werden müßten, und den Mietern für die alten Wohnungen.

Selbstverständlich läßt sich vom sozialdemokratischen Standpunkt gegen die Mietsteuer sehr viel einwenden. Die Mietsteuer berücksichtigt die Leistungsfähigkeit, das einnehmen nur ganz ungenügend, und unter normalen Verhältnissen müßte sich die Sozialdemokratie entschieden gegen eine solche Steuer wenden. Aber wie sollen heute die Mittel für den Bau neuer Wohnungen aufgebracht werden? Durch eine Erhöhung der Einkommensteuer? Der zweiprozentige Steuerabzug hat lebhaften Widerspruch hervorgerufen, und die Einkommensteuer für die hohen Einkommen geht heute

schon bis zu 50 %. Zudem wären durch die Belastung der Besitzenden allein die großen Summen, die für den Wohnungsbau gebraucht werden, kaum aufzubringen. Jegendeiner indirekten Steuer für die Zwecke des Wohnungsbaues wird erst recht kaum jemand das Wort reden. Wer die Mietesteuer nicht will, muß sagen, wie anders die großen für den Wohnungsbau notwendigen Mittel aufgebracht werden sollen. Gewiß ist die Mietesteuer ein Übel, aber das deutsche Volk ist nun einmal in der unglücklichen Lage, daß es fast immer nur zwischen mehreren Übeln das kleinere zu wählen hat. Das Schlimmste aber wäre es, wenn auch in den nächsten Jahren aus Mangel an Mitteln der Wohnungsbau nicht wieder in Gang gebracht werden könnte. Es geht nicht mehr so weiter wie bisher. Außerdem würde sich, wenn wieder im großen Umfang gebaut würde, die Arbeitslosigkeit stark verringern und große Summen, die heute für die Arbeitslosen ausgegeben und die doch schließlich auch durch Steuern aufgebracht werden müssen, könnten gespart werden. Die gegenwärtige Krise hätte kaum einen so großen Umfang angenommen, wenn das Baugewerbe nicht in den größten Teilen Deutschlands lahmgelegt wäre. Natürlich muß verlangt werden, daß die Mietesteuer möglichst sozial gestaltet wird, sie muß verbunden werden mit einer Wohnungsluxussteuer, die Inhaber übergroßer Wohnungen trifft.

Und ferner muß noch eine andere Bedingung erfüllt werden, wenn das von Steuern schon so arg geplagte Volk die neue Steuer auf sich nehmen soll. Es muß dafür gesorgt werden, daß die aus diesen neuen Steuern fließenden Summen nicht dazu dienen, den Baustoffproduzenten die Taschen zu füllen. Wie mit vielen andern Erzeugnissen, so ist auch mit den Baustoffen in unverschämtester Weise gemauert worden und es ist leider nichts Genügendes geschehen, um diesen Wucher zu bekämpfen. Wir haben zwar Wohnungskommissare, die unter bestimmten Umständen Baustoffe beschlagnahmen können, aber die Befugnisse dieser Wohnungskommissare sind ungenügend. Soll dem Baustoffwucher mit Erfolg gesteuert werden, so ist eine wenigstens teilweise Sozialisierung der Baustoffproduktion notwendig, schon weil sonst der Staat nicht genügend Einblick darin hat, wie hoch die Produktionskosten der Baustoffe sind und nur zu leicht von den Produzenten über das Ohr gehauen wird. In Sachsen soll nach einem Beschluß der Volkskammer zunächst eine Ziegelei von einem gemeinnützigen Unternehmen übernommen werden, und dieser Beschluß wird auch ausgeführt werden. Aus den sächsischen Staatswaldungen soll Holz zu ermäßigten Preisen, die freilich immer noch hoch genug sein werden, für den Kleinwohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Beim Zement und Kalk kann aber der sächsische Staat kaum etwas machen, weil innerhalb seines Gebiets keine nennenswerten Produktionsstätten dieser Erzeugnisse vorhanden sind. Hier wäre es Sache des Reiches, in sehr energischer Weise einzugreifen, und es muß dringend gefordert werden, daß das auch geschieht. Es wäre geradezu ein Verbrechen an deutschen Volke, wenn man weiter die Baustofflieferanten glänzende Gewinne einheimen ließe, während dem Volke eine, wenn auch unentbehrliche, so doch so drückende Steuer wie die Mietesteuer auferlegt wird.

Zementpreise in den Jahren 1914 bis 1920.
Es kosteten 10 000 Kilogramm:

		Für Staatsbauten	Für Privatbauten
1. Juli 1914	850 M.	850 M.
1. Januar 1917	480 "	480 "
1. Oktober 1918	785 "	780 "
1. April 1919	885 "	910 "
1. Mai 1919	1036 "	1080 "
1. August 1919	1465 "	1585 "
1. Oktober 1919	1558 "	1608 "
1. Dezember 1919	1592 "	1682 "
1. April 1920	8991 "	4081 "
1. August 1920	8880 "	8400 "

Das sind seit 1917 die staatlich festgesetzten Höchstpreise, zu denen bekanntlich lange Zeit kein Zement zu haben war. Im Schleichhandel wurden dagegen bis zu 17 000 M. für 10 000 Kilogramm bezahlt.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Lithographen und Steinbrucker schließt sein Geschäftsjahr 1919 mit einem Mitgliederstand von 17 551 männlichen und 654 weiblichen, zusammen 18 205, ab. Trotz der außerordentlich ungünstigen Lage des Gewerbes war es möglich, die Zahl der Verbandsangehörigen fast zu verdoppeln, denn das Jahr 1918 weist am Schlusse 9582 Verbandsangehörige auf. Mit Ausnahme der Photographen in der Porträtbranche gehören fast alle Berufsarbeiter der vom Verband erfaßten Gewerbe der Organisation an. Mit rund 2000 Mitgliedern wird damit die Zahl der Verbandsangehörigen am Schlusse des zweiten Vierteljahres 1914, die 16 497 betrug, überschritten.

An Bewegungen wurden zusammen 186 in 816 Orten in 5811 Betrieben geführt. Beteiligt daran waren 85 817 männliche und 728 weibliche, zusammen 86 040 Mitglieder. 140 Angriffsbewegungen ohne ArbeitsEinstellung erfaßten 772 Orte mit 4208 Betrieben mit einer Beschäftigtenzahl von 35 188. 46 Angriffstreiks in 48 Orten erfaßten 188 Betriebe mit 902 Beschäftigten, die 15 414 Tage im Streit standen und dadurch einen Verlust an Arbeitsverdienst von 304 520 M. hatten. Von den 902 Streikenden waren 689 männliche und 4 weibliche verheiratet, die 1044 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren hatten. Abwehrstreiks waren nicht zu führen.

Alle Bewegungen endeten erfolgreich. Die Angriffsbewegungen brachten für 86 188 Beteiligte eine wöchentliche Erhöhung des Lohnes um 465 860 M., während die Angriffstreiks für 902 Beteiligte 12 656 M. Lohnerrhöhung in der Woche ergaben, zusammen für 86 040 Beteiligte 478 016 M. Die Führung der Bewegungen verursachte eine Ausgabe von 72 820 M.

Durch Verhandlungen wurden sämtliche Bewegungen beigelegt. Während 168 Bewegungen durch Verhandlungen zwischen Vertretern der Unternehmer und Vertretern der Organisation der Arbeiter beigelegt werden konnten, ver-

langten 8 Bewegungen die Teilnahme von Einigungsämtern oder Gewerkschaften und 15 die Teilnahme von dritten Personen oder Justizbehörden. Unter den 24 abgeschlossenen Tarifverträgen befinden sich 6 Reichstarife, von denen wieder 2 für rechtsverbindlich erklärt worden sind. Bei der Erlangung der Rechtsverbindlichkeit war ein Kampf wegen der Verbindlichkeitsklärung der für die Gehaltszahlung und Ausbildung geltenden Tarifpositionen zu führen, der mit der Verbindlichkeitsklärung des Tarifvertrages für das deutsche Formstempelgewerbe zugunsten des Verbandes beendet wurde.

Einer Gesamteinnahme von 1 512 548,87 M. stand eine Gesamtausgabe von 1 020 148,78 M. gegenüber. An Unterstufungen wurden 401 850,71 M. ausgezahlt, wovon die Arbeitslosigkeit 248 591,87 M. allein für sich in Anspruch nimmt. 11 845 Mitglieder waren 74 687 Wochen arbeitslos. Diese Zahlen brüden das ganze Glend des Gewerbes aus und geben Aufschluß, warum es in der Lohngestaltung nicht so vorwärts ging, wie gewollt.

Das Verbandsorgan, die „Graphische Presse“, erschien am Jahreschluss in einer Auflage von 20 000 Abdrucken und verursachte mit der „Graphischen Jugend“, die am Jahreschluss eine Auflage von 2100 hatte, eine Ausgabe von 76 226,68 M.

Mitglieder der Lehrlingsabteilung waren am Beginn des Jahres 1029 vorhanden. Dem Zugang von 1848 steht ein Abgang von 570 gegenüber, so daß am Schlusse des Jahres 1802 Mitglieder zu verzeichnen waren. Unter dem Abgang befinden sich 888, die ausgemerzt haben und in den Verband übergetreten sind.

Einheitsorganisation im Verkehrsgewerbe. Auf einer Konferenz der Bau- und Ortsverbände des Deutschen Transportarbeiterverbandes in Berlin hielt der Verbandsvorsitzende Schumann ein Referat über die Notwendigkeit der Schaffung eines Deutschen Verkehrsbundes. Er führte aus, daß es zwar für jeden, der am Aufbau des Transportarbeiterverbandes mitgewirkt habe, schmerzhaft sein werde, von der alten Organisation Abschied zu nehmen, aber der festgelegte, 600 000 Mitglieder zählende Transportarbeiterverband sei bereit, dem Allgemeininteresse der Arbeiter seine Selbstständigkeit zu opfern und an dem Aufbau einer Organisation mitzuwirken, die die Sehnsucht vieler Tausender Arbeiter sei. Die Konferenz bekannte sich zu der Auffassung des Referenten, indem sie einmütig dem Anschlusse des Verbandes an eine für das gesamte Transport- und Verkehrsgewerbe zu schaffende Einheitsorganisation im Prinzip zustimmte. Sie beauftragte den Verbandsvorstand, die Verhandlungen über Schaffung dieser Einheitsorganisation mit den Leitungen der beteiligten Verbände unverzüglich aufzunehmen und sie so zu fördern, daß der Zusammenschluß möglichst bald erfolgen kann. Um für die Uebergangszeit eine gemeinsame Förderung der Rechte und erfolgreiche Vertretung der Interessen der Mitglieder der beteiligten Verbände auf wirtschaftlichem, sozialem und geistigem Gebiete zu gewährleisten, hielt die Konferenz die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft der interessierten Verbände unter dem Namen Deutscher Verkehrsbund für unbedingt erforderlich.

Eine Konferenz des Vorstandes, Ausschusses und der Bezirksleiter des alten Bergarbeiterverbandes hat nach einem Vortrage des Mitgliedes der Sozialisierungskommission, Werner, folgende Entschickung angenommen: „Die Konferenz sieht die Vorarbeiten der Sozialisierungskommission über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues als eine brauchbare Grundlage an, um die Kohlenwirtschaft auf eine gemeinwirtschaftliche Grundlage zu stellen und so Arbeiter und Angehörte unmittelbar an der Steigerung der Kohlenenergie zu interessieren. Die Aufrechterhaltung der bestehenden Ueberziehensabkommen ist in den verschiedensten Nebieren für längeren Zeitraum nur dann möglich und weitere Schritte zur Erzielung einer vermehrten Arbeitsleistung sind nur dann aussichtsreich, wenn die Gesetzgebungsfaktoren unverzüglich die Sozialisierung des Bergbaues in die Wege leiten. Jeder Versuch, die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zu hintertreiben, würde den schärfsten Widerspruch der Bergarbeiter auslösen.“

Arbeiterversicherung.

Warnung für Krankenkassenmitglieder. Wie sehr Kranke, die versichert sind, durch Unkenntnis des Gesetzes geschädigt werden können, möge folgender Fall dartun: Ich erkrankte am 30. April d. J. an Bronchitis, begab mich in ärztliche Behandlung, blieb aber erwerbsfähig. Am 20. Mai war die Krankheit behoben; nun bekam ich aber Ausschlag im Gesicht, blieb also als erwerbsfähig Kranker in ärztlicher Behandlung. Am 10. Juni erkrankte ich plötzlich an Lungenentzündung und wurde nun erwerbsunfähig. Inzwischen waren aber bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse, der ich angehöre, zwei höhere Unterstützungsklassen infolge der verteuerten Lebenshaltung eingeführt und die Unterstützungssätze in allen andern Klassen bedeutend erhöht worden. Dieses kam mir aber, wie weiter unten ersichtlich, nicht zugute. Ich trat nun von der vorher höchsten zehnten in die nunmehr höchste zwölfte Unterstützungsklasse und zahlte die erhöhten Beiträge in diese höhere Klasse 2 Wochen lang vor meiner Erkrankung an Lungenentzündung, die mich erwerbsunfähig machte. Ich glaube nun, daß mir auch das Krankengeld der zwölften Klasse zuteil werden müsse. Die Krankenkasse sah aber die 3 Krankheitsfälle als einen Unterstufungsfall an (und sie stützte sich hierbei auf das Gesetz) und zahlte mir das Krankengeld der früheren zehnten Klasse, das 7,50 M. betrug, statt des Krankengeldes der jetzigen zwölften Klasse, das 21 M. pro Tag beträgt. Ich klagte beim Versicherungsamt, und dieses erkannte nach § 211 der Reichsversicherungsordnung, daß ich kein höheres Krankengeld zu beanspruchen habe. Nun ist in diesem Paragraphen mit keinem Wort erwähnt, wie sich die Sache verhalten würde, wenn jemand, wie ich, erwerbsfähig krank ist, seine Beiträge bezahlt und nun in eine höhere Unterstützungsklasse übertritt. Und deshalb, meine ich, ist das Gesetz gar nicht

anwendbar. Das Versicherungsamt entschied ja anders. Ich erkrankte am Sonnabend und kam erst am Montag wegen der Lungenentzündung in ärztliche Behandlung. Güte sich also jeder in einem ähnlichen Falle vor Schaden und hole sich einen neuen Krankenschein, falls er vorher erwerbsfähig krank war. Im übrigen ist das Versicherungsgesetz sehr verbesserungsbedürftig. Und unsere Abgeordneten sollten sich einmal mit vollem Eifer dieser Sache annehmen und für verbesserte Erneuerung dieses Gesetzes im Reichstag eintreten. Auch finde ich, daß die Arbeiter im allgemeinen der Krankenversicherung und den Gepflogenheiten der Krankenkassen viel zu gleichgültig gegenüberstehen.

T. J. S a m p e, Hamburg.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Im Kampf ums Dasein! Nach den neuesten statistischen Feststellungen sind im Jahre 1919 rund 575 000, im Jahre 1918 657 000 Betriebsunfälle zur Anmeldung gelangt, von denen 1918 über 11 000 einen tödlichen Ausgang nahmen. Weiter ergeben die statistischen Feststellungen noch nicht, wie groß die Anzahl der dadurch verursachten Krankheits-tage und wie hoch die Summe des dadurch hervorgerufenen Lohnausfalles war. Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob nicht die Zahl der Krankheits-tage und der Lohnausfall wesentlich herabgemindert werden wäre, wenn in allen Betrieben die sanitären Einrichtungen der Neuzeit entsprechen würden und wenn in jedem Betrieb auch sachkundige Rathgeber sofort zur Stelle gewesen wären. Es ist eine alte Erfahrungstatsache, daß der erste Verband entscheidend ist für den weiteren Verlauf der Wundheilung.

Den Betriebsräten ist durch Gesetz die Sorge für die Schaffung und Unterhaltung der sanitären Einrichtungen übertragen worden. Diese haben daher die Pflicht, die Spezialorganisationen der Arbeiterbewegung auf diesem Gebiete, die Arbeitersamariterkolonnen, zur Mitarbeit heranzuziehen. Wenn an einem Orte noch keine Arbeitersamariterkolonne besteht, müssen sie bestrebt sein, eine solche Organisation zur Erledigung dieser und anderer Aufgaben auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt ins Leben zu rufen. Wir fordern die arbeitenden Massen auf, geeignete Kräfte für die Nothilfe in den Betrieben und für den Sanitätsdienst bei allen Gelegenheiten zur Verfügung zu stellen. Die Geschäftsstelle des Arbeitersamariterbundes, Berlin-Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Strasse Nr. 41, ist gern bereit, alles notwendige Material für die Bildung von Arbeitersamariterkolonnen zu liefern. Die Arbeiterschaft muß sich durch weitest mögliche Ausbreitung des Arbeitersamariterbundes eine eigene Wohlfahrtsorganisation schaffen und die Wohlfahrtspflege für seine Klassenangehörigen selbst in die Hand nehmen.

Sozialpolitisches.

Zum Abbau der Lebensmittelpreise. Im Laufe des verfloffenen Sommers hatten sich an verschiedenen Orten, namentlich Mittel- und Süddeutschlands, Lebensmittelkontrollkommissionen gebildet, durch deren tatkräftiges Eingreifen nicht nur eine wesentliche Herabsetzung der Lebensmittelpreise, namentlich auf den Wochenmärkten, erzielt, sondern auch verhindert wurde, daß es zu Lebensmittelkrawallen und Schlimmerem kam. Naturgemäß aber konnte das Wirken dieser Kommissionen immer nur vorübergehenden Erfolg haben, wenn es nicht gelang, diese Einrichtungen weiterhin auszudehnen. Es wurde deshalb an verschiedenen Stellen beim Vorstande des A. D. G. B. angeregt, die maßgebenden Reichsbehörden zu veranlassen, Maßnahmen zu treffen, die eine Unterbindung der Tätigkeit der Lebensmittelkontrollkommissionen durch Abschließung der Lebensmittel nach andern nicht kontrollierten Orten verhindern.

Auf die diesbezügliche Eingabe des A. D. G. B. an das Reichswirtschaftsministerium hat dieses nunmehr den nachstehenden Bescheid erlieit:

Wir stimmen den Ausführungen des Schreibens vom 20. Juli 1920 dahin zu, daß die Lebensmittelkontrollkommissionen, die sich an manchen Orten Deutschlands gebildet haben, mit dazu beigetragen haben, den Ausbrüchen von Lebensmittelunruhen in der bestmöglichen Weise vorzubeugen. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß die Preisprüfung auf dem Lebensmittelgebiete den Preisprüfungsstellen obliegt, und daß durch wirksames Zugreifen dieser Stellen in Verbindung mit den Wucherbehörden an vielen Orten die Lebensmittelpreise, insbesondere in Obst und Gemüse soweit gesenkt werden konnten, daß eine Selbsthilfe der Bevölkerung und in deren weiterer Folge Lebensmittelunruhen vermieden wurden.

Wir würden es deshalb begrüßen, wenn die Lebensmittelkontrollkommissionen den dazu gefählich berufenen Preisprüfungsstellen ihre Mitarbeit zur Verfügung stellen, und wenn eine dahin gehende Anregung von dort aus gegeben würde. Ohne ein Aufgehen der Lebensmittelkontrollkommission in den Preisprüfungsstellen besteht die Gefahr des Neben- und Gegeneinanderarbeitens der beiden Organisationen, wodurch der Sache nur geschadet werden kann.

Die Preisprüfungsstellen sind durch ein Schreiben vom 21. Mai 1920 darauf hingewiesen worden, daß wir auf die Heranziehung geeigneter Verbrauchervertreter zu den Preisprüfungsstellen den größten Wert legen. Wir würden es für zweckmäßig halten, wenn auch dortselbst auf die Gewerkschaften ein Einfluß dahin ausgeübt würde, daß sie bei der Auswahl der Mitglieder der Preisprüfungsstellen nicht verfahren, sondern besonders tüchtige Vertreter hierfür in Vorschlag bringen. Wir zweifeln nicht daran, daß diejenigen Vertreter der Gewerkschaften, die sich schon in den Lebensmittelkontrollkommissionen betheilt haben, auch in den Preisprüfungsstellen eine wirksame Tätigkeit entfalten werden.

Mit Rücksicht auf den erforderlich gewordenen weiteren Abbau der Zwangswirtschaft sind die mit der Preisprüfung beauftragten Behörden in nächster Zeit zu vermehrter Tätigkeit gezwungen. Es erscheint deshalb eine baldige

Verständigung unter den Erzeugern und Verbrauchern innerhalb der Preisprüfungsstellen unter Teilnahme von Gewerkschaftsvertretern ganz besonders wichtig.

Massnahmen gegen den Kartoffelwucher. Der Betriebsrat der Eisenbahndirektion Hannover hat beschlossen, vom Oberpräsidenten zu verlangen, dass der Preis für Kartoffeln 15 M pro Zentner nicht übersteigen darf.

Denkschrift über die Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland. In der Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstags am 9. September hat der Reichsarbeitsminister eine Denkschrift des Reichsamts für Arbeitsvermittlung über die Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland überreicht.

Zum Weichenwurf einer Schlichtungsordnung. Das Reichsarbeitsministerium hat im März dieses Jahres einen von Referenten des Ministeriums ausgearbeiteten vorläufigen Entwurf einer Schlichtungsordnung den obersten Reichsbehörden und den Regierungen der Länder sowie den beteiligten Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vorgelegt.

Abendkurse für neue Holz- u. Marmorarbeiten. Fr. Popp, Hamburg-Lübeck. Anmelddungen täglich.

Wilhelm Walter, Dole, Vade, Reime. Wichtigste Bezugquellen für Maler und Lackierer.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weis, aber leicht für jedermann, es Befähigungsgeldest, ob im Haupt- oder als Nebenberuf.

Abendkurse für neue Holz- u. Marmorarbeiten. Fr. Popp, Hamburg-Lübeck. Anmelddungen täglich.

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene Volksfürsorge.

mission, denen der vom Reichsarbeitsministerium im Mai dieses Jahres gedruckt veröffentlichte Referentenentwurf als Grundlage dient, nehmen guten Fortgang, so dass sie voraussichtlich in Kürze abgeschlossen werden können.

Genossenschaftliches.

Vorbildliche Genossenschaftsarbeit. Kann das Verhalten der Wohnerschaft einer Kleinstadt in der Arbeit für den kulturellen Aufstieg der Bevölkerung Vorbildlich für die Gesamtbevölkerung sein?

Das Städtchen hat rund 6000 Einwohner, die Genossenschaft zählt 1555 Mitglieder; das ergibt, das wohl fast die gesamte Einwohnerschaft zu ihr gehört.

Fachtechnisches.

Patentschau. Zusammengefasst vom Patentbureau Krueger, Dresden. Angemeldete Patente: Nr. 75 c. 22, H. 80 406.

Verschiedenes.

Wettbewerb für künstlerischen Wandschmuck. Der rührige Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker hat einen Wettbewerb für Einzelblätter, die als Wandschmuck verwenden lassen, ausgeschrieben.

Literarisches.

Der Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1921. In seinem fünfundsiebzigsten Jahrgang vorliegende Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1921 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Uuer & Co. in Hamburg) enthält unter anderem:

Sterbetafel.

Berlin. Am 14. September starb der Kollege Curt Sart, geboren am 15. Juli 1859 in Berlin.

Die Woche vom 3. bis 9. Oktober 1920 ist die 40. Beitragswoche.

Advertisement for Wilhelm Walter, Dole, Vade, Reime, providing contact information for various products and services.

Advertisement for Fr. Popp, Hamburg-Lübeck, offering evening courses for wood and marble work.

Advertisement for 'Der Dekorationsmaler' (The Decorative Painter), offering services and contact information.

Advertisement for 'Bücherei des Malers' (Painter's Library), offering books and materials for painters.

Advertisement for 'Zürchoner aus Celluloid' (Zürcher Celluloid), offering various celluloid products.

Advertisement for 'Prima Lederlein' (Prime Leather) and 'Pinsel' (Brushes), offering high-quality leather and brushes.